Verdrängung und steigende Mieten – Woher kommt Gentrifizierung?

Ein Gespenst geht um auf der Welt – Das “Gespenst Gentrifizierung”. Wo gibt es noch Bezirke in denen die mieten nicht drakonisch erhöht werden? Wo sind Jugendclubs oder alternative Bars, wie die BAIZ, nicht von Schließung bedroht? Wer von uns kennt nicht das Gefühl, dass die Stadt in der wir leben, immer teurer wird ?

Selbst bürgerliche Medien, wir vor kurzem der “Berliner Kurier”, sehen sich aufgrund des steigenden Unmuts in der Bevölkerung dazu gezwungen über Verdrängung, steigende Mieten und Lebenshaltungskosten in der Berliner Innenstadt zu berichten. Was die Ursache für diese “Gentrifizierung” ist, und vor allem wie wir Widerstand dagegen aufbauen können: Darüber schweigt die Presse, schweigen auch die “linken” Politiker von SPD oder Linkspartei.

Dabei waren Anfang der 90er Jahre die Mieten, insbesondere in Bezirken wie dem Prenzlauer Berg noch relativ gering. Dort lebten viele Arbeiterfamilien mit geringem Einkommen. Nach der Wende folgten wurde der Prenzlauer Berg zu einem Symbol für die Hausbesetzer Bewegung. Viele Studenten und Künstler, die Seite an Seite mit Arbeiter*innen leben prägen die alternative Dissidentenszene, mit Kneipen, Cafe´s und linken Wohnprojekten.

Der wirtschaftliche Aufschwung in Berlin führte allerdings dazu, dass das Stadtzentrum auch für größere Investitionen interessant wurde. Während Teile der Bevölkerung durchaus von dieser Situation profitierten, traf sie vor allem die Arbeiter*innen, Jugendliche, verarmte Rentner*innen, Migrant*innen und Erwerbslose.

Auch die Rolle von SPD und der LINKEN, die zehn Jahre lang die Stadtregierung stellten, sollte dabei nicht vergessen werden. So ließen sie 2004 die GSW und über die letzten zehn Jahre insgesamt einhunderttausend Wohnungen privatisieren. Während die Gewinne der mittlerweile privaten

GSW 2012 um 30 Prozent auf 143,3 Millionen Euro stiegen, stiegen auch die Mieten. Im Durchschnitt erhöhten sich die Mieten von 2009 zu 2011 um 8,34 Prozent. Im unsanierten Altbau waren es sogar 17,5 Prozent.

Das eigentliche Problem ist dabei nicht einmal die Mietsteigerung an sich. Diese findet zwangsläufig, allein schon aufgrund der Inflation statt – und wird es so lange wir im Kapitalismus leben. Auch sind die Mieten in Berlin im Vergleich zu anderen Großstädten in Deutschland oder Europa nach wie vor recht niedrig. Aber während die Mieten gestiegen sind, sind die Löhne stagniert oder sogar gesunken. Reaktionäre Gesetze wie Hartz IV machen es vielen Erwerbslosen unmöglich eine Wohnung in der Innenstadt zu finden.

Trotzdem: die Investoren im Immobilienbereich betreiben viele Sauereien! Die Mieten steigen nicht zuletzt deswegen so dramatisch, weil keine neuen, günstigen Wohnungen gebaut werden. Viele Politiker verraten sogar offenherzig, dass günstige Wohnungen eingerissen werden, um die Durchschnittsmieten in die Höhe zu treiben! Deswegen müssen viele von uns in die Randbezirke, mit schlechtem Nahverkehr, kaum Freizeitangeboten für Jugendliche und längeren Schul- und Arbeitswegen ziehen.

Aber die „Miethaie“ sind nicht besser oder schlechter, als die Kapitalist*innen in der Produktion oder in der Dienstleistung, die dafür verantwortlich sind, dass unsere Löhne sinken, wir unbezahlte Praktika machen müssen oder unsere Sozialhilfe gekürzt wird. Gentrifizierung ist also einfach „nur“ kapitalistische Wohnraumpolitik.

Wenn die „Miethaie“, mit ihren Investitionen hohe Renditen erzielen wollen. Wenn sie Wohnraum zerstören, um Profite zu machen und arme Jugendliche, Rentner*innen oder Arbeiter*innen vertreiben, lasst uns Widerstand organisieren. Aber unser Kampf darf nicht nur gegen Gentrifizierung oder Privatisierungen geführt werden. Er muss mit dem Kampf in den Betrieben zu einer Bewegung gegen die kapitalistische Stadt, für eine selbstverwaltete, sozialistische Stadt verbunden werden.

Ein Artikel von Ali, REVOLUTION-Berlin

Veranstaltung in Stuttgart: Putsch in Ägypten – Wie weiter mit der Revolution?

Am 3. Juli hat der ägyptische Militärrat das Ende von Mursis Präsidentschaft erklärt – nicht aber wegen seiner reaktionären Politik.Vielmehr übernimmt die Armeeführung nun zum zweiten Mal selbst das Ruder, um die Revolution zu enthaupten und das alte Regime zu retten. Der verständliche Jubel über die Entmachtung von Präsident Mursi darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Generäle lediglich eine andere Fraktion der herrschenden Klasse repräsentieren.Als revolutionäre KommunistInnen sind wir der Meinung, dass nur eine Regierung der ArbeiterInnen und Bauern mit dem alten Regime brechen kann. Auf unserer Veranstaltung werden wir einen Überblick über die derzeitige Situation in Ägypten geben. Im Anschluss wollen wir mit euch diskutieren, auf welchem Weg die Ziele der Revolution erreicht werden können und welche
Schritte dafür nötig sind.
Eine gemeinsame Veranstaltung von REVOLUTION und der Gruppe Arbeitermacht Falkenbüro, Wagenburgstraße 77
Montag, 15.Juli 2013, Beginn um 19:45 Uhr

Solidarität mit der Antikapitalistischen Aktion Bonn

[AKAB]

Solidarität ist eine Waffe!

Gegen Krieg, Repression, Spaltung und Ausbeutung!

Am 5. Juni wurde eine Genossin, die der Antikapitalistischen Aktion Bonn[AKAB] zugehörig sein soll, beim Kleben von Plakaten festgenommen. Die Aktion richtete sich gegen den Bundeswehrgeneral Klein. Das war der Anlass für eine sofortige Wohnungsdurchsuchung und stundenlange Verhörmaßnahmen.

Das „wilde“ Plakatkleben stellt im härtesten Fall eine Ordnungswidrigkeit dar. Die Reaktion der Festnahme, Hausdurchsuchung und Verhör stellt den tiefsten Eingriff in die Grundrechte dar und ist selbst nach dem formalen bürgerlichen Recht unverhältnismäßig und damit illegal. Das ist die alltägliche Praxis der BRD und der inneren Sicherheitsorgane gegen Meinungsfreiheit. Das ist der Umgang dieser und aller kapitalsitischen „Demokratien“ mit Kritik.

Klein, der für die Luftangriffe auf zwei benzinbeladene, gekaperte und abegestellte Tanklaster am 4.September 2009 in Kundus verantwortlich ist, bei denen rund 150 Zivilisten zu Tode kamen. Zivilisten, Arbeiter_Innen, die in den Tanklastern keine potentiellen Bomben, sondern Grundversorgungsgüter in einer durch imperialiste Kriege zerstörten Region sahen. Der Untersuchungsaussuch sprach von „Verfahrensfehlern“. Konkret war es Mord!

Genau dieser General wurde Ende 2012 nun zum Abteilungsleiter im Personalmanagement der Bundeswehr und somit zum Brigadegeneral befördert. Eine von der Bundeswehr und vielen Parteien sehr gelobt Entscheidung. Das zeigt die strategische Ausrichtung der BRD und EU in der „Sicherheits, Verteidigung- und Außenpolitik“.

Gegen die Person Klein und vielmehr den Imperialismus und seine Repressionsorgane, wie Militär und Polizei, richtet sich die Kampagne der

AKAB.

Allein seit 2001 ist die Bundesrepublik Deutschland in 33 militärische Auslandseinsätze in Ländern wie Afghanistan, Kuwait, Georgien und vielen weiteren Ländern im Einsatz. Einsätze bei denen meist im Namen des Demokratieexports und des Friedens Länder besetzt, Marionettenregieme eingeführt, Ressourcen, Märkte und Produktion unter eigene Kontrolle gebracht werden.

Doch „Demokratieexport“ ist auch „Importware“, denn auch vor Ort wird alles unternommen um Widerstand gegen das kapitalistische System zu unterdrücken. Egal ob in Frankfurt versucht wird während der Blockupyproteste die Aktivist_Innen in gut und böse zu spalten, ob in Dresden Tim dank der Worte „kommt nach vorn!“ alle Schäden für die Gegendemonstration in Dresden 2011 angelastet bekommt oder in Bonn Genoss_Innen beim plakatieren verhaftet werden, die Wohung durchsucht wird und sie stundenlang repressiven Verhörmethoden zum Opfer fallen.

Betroffen sind einzelne, gemeint sind wir alle! Sie wollen uns Angst machen, doch sie werden nur Hass ernten. Ihre Angriffe zeigen nur ihre Furcht vor unserer Einheit, denn in Zeiten historischer Krisen, in denen Krisenlasten auf den Rücken der Arbeiter_Innen und Jugendlichen abgeladen werden, zeigt sich eines immer deutlicher, die Klassenherrschaft, in der wir leben. Eine Klassenherrschaft, die es zu entlarven gilt.

Deshalb solidarisieren wir uns mit der AKAB, ihrer Kampagne gegen General Klein und gegen die daraus folgende staatliche Repression.

• Freiheit für alle politischen Gefangenen! Gegen politische Kriminalisierung, für Meinungsfreiheit durch Wort und Plakat! Für die Zerschlagung der staatlichen Repressionsorgane, wie Klassenjustiz, Polizei u. Militär! Sicherheit durch demokratische Einheiten ziviler Selbstverteidigung (Arbeitermiliz).

• Solidarität ist eine Waffe! Für die breite Aktionseinheit der Arbeiterklasse, Jugend, Migrant_Innen und anderer Unterdrückter des sozialen Widerstandes gegen Repression, politische Verfolgung und Klassenjustiz.

• Demokratische Rechte in Militär, Polizei und Staatsapparat erkämpfen! Soldatenkomitees aufbauen! Für das Recht auf Rede-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit und Befehlsverweigerung! Für jederzeit wähl- und abwählbare Offziere und Funktionen durch Soldatenversammlungen!

• Installation einer unabhängigen Überwachungsorganisation aus wähl- und abwählbaren Delegierten der Sozialen Bewegung und Friedensbewegung (Gewerkschaften, Betrieben, NGOs und Friedensinitiativen) zur Kontrolle und Sicherung der Rüstungsproduktion, militärischen Gütern und Forschung.

One solution – Revolution!

Hass! – alter Film, aktuelles Thema

> *Dies ist die Geschichte von einem Mann, der aus dem 50. Stock von 'nem Hochhaus fällt. Während er fällt, wiederholt er, um sich zu beruhigen, immer wieder: ‚Bis hierher lief's noch ganz gut, bis hierher lief's noch ganz gut, bis hierher lief's noch ganz gut…'. Aber wichtig ist nicht der Fall, sondern die Landung!*

Mit diesen Worten beginnt „La Haine" (fr. Hass), der Film von Mathieu Kassovitz aus dem Jahre 1995. Es ist ein Film über 24 Stunden aus dem Alltag der drei Pariser Jugendlichen Saïd, Vince und Hubert.

Sie laufen durch die Straßen der Vororte, in denen sich in der Nacht zuvor die Bewohner_innen mit der Polizei Straßenschlachten geliefert hatten. Auch am Tag danach ist die Polizeipräsenz noch überall spürbar. Ein Bekannter der drei, namens Abdel, wurde während der Auseinandersetzungen festgenommen, bei dem Verhör auf dem Polizeirevier schwer verletzt. Nun liegt er verwundet im Krankenhaus, wo ihn Saïd, Vince und Hubert besuchen

wollen.

Danach wollen sie sich einen Boxkampf ansehen. Während ihrer „Reise“ durch die Pariser Banlieues begegnen ihnen Zivilbullen, Nazis und koksende Innenstadtbewohner_innen. Sie versuchen ein Auto zu klauen und werden aus einer Vernissage geworfen. Ohne Orientierung irren die Drei, auf der Suche nach einer Perspektive, umher.

Dass Vince am Vorabend per Zufall an die Dienstwaffe eines Beamten gekommen ist, macht ihre Situation auch nur bedingt besser, spitzt sie eher noch zu. Der titelgebende Hass, der im Film deutlich wird, ist natürlich nicht nur einseitig bei den Jugendlichen, sondern vor allem auf der Seite der Polizei, zum Beispiel in deren grausamen Verhörmethoden, zu spüren. Die Thematisierung von der, auf Grund der hohen Arbeitslosigkeit, in den Banlieues herrschenden Armut und Perspektivlosigkeit, sowie die damit verbundene Resignation, Langeweile und der die Migranten betreffende Rassismus, halten den Film auch 18 Jahre nach seinem Erscheinen noch höchst aktuell.

Denn die realen Probleme der Menschen in den Vorstädten von Paris oder anderer europäischer Städte haben sich in dieser Zeit weder zum Besseren verändert noch wurden sie gelöst. So kam es dort 2005, nach dem Tod zweier Jugendlichen zu Aufständen und gewalttätigen Zusammenstößen mit der Polizei, die sich schnell auf weitere Städte ausbreiteten. Die Aktivist_innen forderten unter anderem Sarkozys Rücktritt. Alleine am Abend des 3. November brannten in Paris 500 Autos. Nicht nur die Geschichte des Films, besonders die teils sehr symbolischen, teils verwirrenden, aber immer eindringlichen Bilder in schwarz-weiß, überzeugen. Dass die Protagonisten nicht zu Helden stilisiert werden kann man einerseits als Pluspunkt sehen.

Allerdings führt einen das auch zum Manko des Films: zwar wird die Solidarität zwischen den Menschen deutlich, aber ihre Ohnmacht überwiegt. Die Figuren sehen alle einer hoffnungslosen Zukunft entgegen, ohne einen Weg um ihre Situation zu verbessern. Diesen Weg gibt es jedoch und er wird von immer mehr Menschen als nötig erkannt. Er heißt organisierter Widerstand!

Ob nun in Frankfurt, als am 1. Juni 15.000 Menschen zu den Blockupy-Protesten gegen die Krisenpolitik auf die Straße gingen und die Demonstration von der Polizei schon nach einem Kilometer brutal gestoppt wurde, in der Türkei, wo sich aus den friedlichen Protesten gegen die Bebauung des Gezi-Parks ein landesweiter Aufstand mit mehreren Streiks gegen den Ministerpräsidenten Erdogan und seine Partei entwickelte, oder in all den anderen Ländern in denen sich die Menschen zusammen gegen Armut, Unterdrückung und Ausbeutung erheben.

Ein Artikel von Felix Ernst, REVOLUTION-Stuttgart

Staat und Polizei, Vater, Freund und Helfer

Die Bundespolizei führt in der Kasseler Karlsaue beim Hessentag 2013 u.a. einen Wasserwerfer vor. Aufstandsbekämpfung zum Anfassen!

HESSENTAG HEUTE
Staat und Polizei, Vater, Freund und Helfer Arbeitermacht/OG Kassel zum „Hessentag“,

Auf dem Hessentag feiern die Hardliner, die Tradition im schwarz-gelb regierten Hessen haben. Das Innenministerium, Polizei und Führung sind nicht das erste Mal Gegenstand fruchtloser parlamentarischer Untersuchungsausschüsse.

Koksende Polizisten, die ihren Eigenbedarf aus der Asservatenkammer stillten und mit dem Stoff die Bezüge aufbessern, Spesenritter, Dienstgeheimnisverräter, „Suizide mit der Dienstwaffe“ sind die eine Seite der Medaille, auf der anderen stehen Drangsalierung, Verletzung, ja selbst Tötung von Menschen, vorzugsweise mit migrantischem Hintergrund: M. Ackermann, D. Wevelsiep, S. Kar, nicht vergessen Christy Schwundeck.

Oder Polizeigewaltexzesse gegen Jugendliche in Idstein, „Racial Profiling“ jeden Tag, hessenweit. 50 Verletzte bei antifaschistischen Blockaden in Frankfurt am 1. Mai. Schon wieder penetrantes Vorgehen gegen Insassen – unter ihnen Flüchtlinge der Refugeebewegung – von Berliner Bussen auf dem Weg nach Frankfurt, schließlich der „Einsatz“ gegen die ProtestlerInnen der diesjährigen Blockupy-Großdemonstration in Frankfurt.

War vielen AktivistInnen die Eliminierung von Recht und Gesetz anlässlich der Blockupy-Proteste 2012 noch in schlechter Erinnerung, die diesjährige Zahl der Verletzen, vom Kind bis zur RentnerIn, überragt selbst die Akzeptanz vieler, die wenig für die Bewegung übrig haben. De facto allen Teilnehmenden wurden Grundrechte verweigert: Körperliche Unversehrtheit, Bewegungsfreiheit, Demonstrationsrecht, Pressefreiheit. JournalistInnen wurden angegriffen, parlamentarische BeobachterInnen festgesetzt, und das, obwohl der Protest die rein symbolische Ebene nie verlassen hatte.

Im Polizeiapparat schleichen sich Argumentationen ein, es seien die anderen, die „auswärtigen“ nicht-hessischen Prügeleinheiten für die Exzesse am Blockupy-Samstag verantwortlich. Oder es handele sich gar um eine spontan autonom agierende Gewaltstruktur in den ansonsten friedliebenden Einheiten. Was davon zu halten ist, sollen die einschätzen, die nicht das erste Mal „hautnah“ mit der hessischen Polizeigewalt in Berührung kamen.

Frankfurt – eine Zäsur

Sich seitens der Exekutive eigenmächtig über das Urteil des Verwaltungsgerichtshofes zu erheben und eine Demonstration von 20.000 Menschen 9 Stunden lang mit menschenverachtenden Methoden zu verhindern, da war selbst für die konservative Presse der Bogen überspannt.

Und das nur zum Teil als Preis dessen, dass Personen der Presse polizeilich angegriffen, verletzt oder deren Equipment mutwillig zerstört wurde. Der Aufschrei gegen die Eliminierung der Grundrechte war massiv. Ist es die Antizipation von Verhältnissen im sich gern liberal gebenden Frankfurt, die man glaubte auf die Länder Südeuropas eingrenzen zu können, in denen Recht und Gesetz längst den Spardiktaten der Troika untergeordnet werden, wo Demokratie zur Farce geworden ist? Soviel Bezug von Protestgrund und Staatsverhalten vermochte die bürgerliche Presse natürlich nicht herzustellen. So ging es auf der Verhaltensebene weiter und man wandte sich nur gegen „überzogene und willkürliche“ Polizeigewalt, Na prima!

Was also betreibt die schwarz-gelbe Landesregierung?

Wahlkampf mit dem Polizeiknüppel? Das bekannte Fischen im schwarz-braunen Teich? Oder die Verhinderung von Protestbildern vorm Sitz der EZB? Sollte die Bewegung durch Entsolidarisierung gespalten werden oder fürchtet man ein Wiederkommen von größerem Protest nächstes Frühjahr, zur Einweihung der neuen EZB? Oder gar bei Durchschlag der Krise nach Kerneuropa? Und von wie weit kam die Order? Viele Fragen! Keine Antworten.
Bemerkenswert ist dabei: So aggressiv staatliche Institutionen gegen das offensichtlich Missliebige vorgehen, so rücksichtsvoll, kooperativ oder wegsehend verhalten sich die Repressionsorgane gegenüber faschistischen Kräften. Dort machen sie doch in der Regel den Weg frei! Doch nicht nur bei Naziaufmärschen sorgen sich Innenminister und Polizei um deren Gelingen.

So hat Ministerpräsident Bouffier, damalig noch hessischer Innenminister, die Befragung durch parlamentarische Organe von V-Leuten bezüglich der NSU-Morde offensiv verhindert. Eine weitergehende Untersuchung des Mordes am Kasseler Halit Yozgat durch die hiesige Polizei wurde selbst zu deren Erstaunen von „oben“ untersagt. Der beim Mord anwesende V-Mann Andreas T. – der „kleine Adolf“ – aus dem nordhessischen Hofgeismar, arbeitet immer noch bei der Behörde. Wen wundert es da noch, dass Bouffier

für das Amt von Polizeipräsidenten rechtswidrig Wunschkandidaten einsetzt und gemeinsam mit dem damaligen Staatssekretär und heutigem Innenminister Rhein versuchte, dieses Vorgehen gegenüber der Öffentlichkeit und dem Parlament zu vertuschen. Das sei nur am Rande bemerkt, sollte uns aber spätestens dann wieder einfallen, wenn diese Herren laut von Sicherheit, Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit schwadronieren.

Fazit

Diese Form der Herrschaftsausübung ist im bürgerlichen Staat nicht zu beenden, ohne ihn selbst zu beenden. Wir fordern:

• Sofortige unabhängige Untersuchung aller Vorgänge rund um den 1. Juni. Schadenersatz und Schmerzensgeld an alle Betroffenen!

• Unmittelbare Löschung der gespeicherten Daten! Einstellung aller Verfahren, auch jener von 2012 und Übernahme der Auslagen der Betroffenen!

• Sofortiges Verbot von Pfefferspray-Einsätzen!

• Rücktritt von Bouffier, Rhein, Frank und Thiel!

Flyer zum herunterladen

Fahrpreiserhöhung in Berlin: Gefangen im eigenen Kiez?

Ab August 2013 sollen Berlin statt den bisherigen 2,40€ für einen Fahrschein Berlin AB nun 2,60€ bezahlt werden. Wer sich keine der

„spottbilligen“ Wohnungen im Stadtzentrum leisten kann, zahlt sogar noch einen Aufpreis für den Anschlussfahrschein. All das betrifft besonders Jugendliche und Arme, die wenig Geld für einen täglichen Fahrscheine ausgeben können. Schwarzfahren ist daher für viele die einzige Alternative. Der Staat reagiert mit Repressionen. Die beginnt mit einem Bußgeld von 40, ab August dann 60 Euro. Bei mehrmaligem Schwarzfahren drohen sogar Gefängnisstrafen bis zu 3 Jahren.

Natürlich gibt es auch Alternativen zur BVG, das Fahrrad zum Beispiel, aber wer 5 Tage die Woche 8 Stunden arbeiten geht und einen etwas längeren Arbeitsweg hat, der hat wohl recht wenig Energie für Frühsport übrig. Fakt ist, durch zu hohe Fahrpreise wird die Nutzung des ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr) für immer weniger Menschen erschwinglich. Die geplante Privatisierung der S-Bahn, die schon jetzt immer wieder zu Ausfällen und Störungen führt, setzt dem ganzen die Krone auf. Einige können sich gar nicht mehr frei Bewegen. Andere sind gezwungen auf ein Auto umzusteigen, weil es für manche mittlerweile sogar wieder günstiger ist. Die Straßen sind verstopft, die Umwelt leidet.

Es gibt daher zurecht immer mehr, die einen „fahrscheinlosen Nahverkehr“ fordern. Allerdings wollen die Meisten, wie z.B. die Piratenpartei die direkte Bezahlung von Fahrscheinen durch eine allgemeine Steuer für Berliner_innen ersetzen. Aber warum sollten beispielsweise Arbeiter_innen, die einen Fahrschein kaufen müssen, um zum Arbeits- oder Ausbildungsplatz zu gelangen, genau so viel bezahlen wie der Chef eines Unternehmens, der höchst wahrscheinlich mehr verdient? Jeder sollte ein Recht auf Mobilität haben.

Deshalb sind wir für einen kostenlosen Nahverkehr, der durch die Besteuerung der Reichen und der Gewinne großer Konzerne (z.B. der Autoindustrie) bezahlt wird. Der öffentliche Nahverkehr gehört ausgebaut und nicht zerschlagen, wie es die Deutsche Bahn gerade mit der S-Bahn vorhat. Die Erschließung neuer Märkte ist jedoch Teil des kapitalistischen Systems und deshalb ist unser Kampf gegen Privatisierung mit einer revolutionären, antikapitalistischen Perspektive verbunden.

Ein Artikel von Svenja Spunck, REVOLUTION-Berlin

Strompreise in Berlin: Der Letzte macht das Licht aus?

Die großen Energiekonzerne nehmen das anscheinend wörtlich. Ihre Strompreise werden in Zukunft viele Arme zwingen „das Licht auszumachen“. 2012 erhöhte die Aktiengesellschaft Vattenfall, Berlins größter Energieanbieter, seine Preise um 6,5 %. Dieses Jahr waren es weitere 13,5 %. Der Grund sei eine gesunkene Nachfrage und die Kosten der „Energiewende“. Das die Menschen nicht weniger Strom brauchen, sondern sich nur weniger leisten können – das weiß sogar ein Großaktionär von Vattenfall, der Millionen im Jahr verdient. Doch den Kapitalisten sind ihre Gewinne wichtiger, als die Bedürfnisse von Millionen Menschen.

Das ist umso widerlicher, weil die heutige Technik ganz einfach eine allumfassende, ökologische und Preiswerte Energieversorgung ermöglichen würde. Insbesondere in Berlin, wo die Arbeitslosenzahlen über zehn Prozent liegen, bedeuten auch „kleine“ Kostensteigerungen einen massiven Verlust von Lebensqualität. Jeder Jugendliche, der alleine wohnt weiß das. Aber auch, wenn unsere Eltern sich mal wieder weniger leisten können, spüren wir das sofort.

Daher sind wir für einen sofortigen Stopp der Preiserhöhungen beim Strom. Den Ausbau der umweltfreundlichen Energien sollen die großen Aktionäre aus ihren Gewinnen bezahlen, nicht aus unseren leeren Taschen! Letztlich darf die Energieversorgung aber nicht den Interessen der Aktionäre dienen. Wir haben in Fukushima gesehen, was passiert, wenn die Kapitalisten die Stromproduktion kontrollieren. Die großen Energiekonzerne müssen daher entschädigungslos und unter Kontrolle der Arbeiter_innen verstaatlicht werden.

Ein Artikel von Georg Ismael, REVOLUTION-Berlin

Euro Hawk – „nur“ eine Fehlinvestition?

Bundeswehr und Polizei verfügen derzeit über mehr als 300 Drohnen – Tendenz steigend. Diese Drohnen dienen der „Sicherheit“, übersetzt der Überwachung der Bevölkerung. Es gibt sie in verschiedenen Formen und Größen, am meisten Aufmerksamkeit erregt dieser Tage wohl das Modell „Euro Hawk“, das gekauft wurde, um vorerst im Ausland als Aufklärer zu fungieren. Mittels Drohne stehen Polizei und Armee ganz neue „Möglichkeiten“ zu Verfügung. Neben der Funktion als Überwachung, sind sie aber auch die neue Wunderwaffe im „taktischen Krieg“. So wurden im „Krieg gegen den Terror“ in Pakistan allein im letzten Jahr, 3000 Menschen, vornehmlich Zivilisten durch das US-Militär ermordet durch Kampfdrohen ermordet. Oft sogar selbst ohne die offizielle Zustimmung der pakistanischen Regierung, geschweige denn eines Gerichtsbeschlusses .

Der Verteidigungsminister Thomas de Maizière wird in der Öffentlichkeit nun auch aufgrund der Anschaffung dieser neuen Drohne kritisiert. Allerdings nicht etwa weil Geräte wie diese zur Überwachung der Zivilbevölkerung (siehe Deutsche Bahn) eingesetzt werden oder in Kriegsgebieten mit der Präzision eines Metzgers, nicht eines Chirurgen, Menschen zerfetzen. Es geht um die zu hohen Kosten, die nun, nach dem fest steht, dass der „Euro Hawk“ nicht zugelassen wird, für Empörung unter den „Oppositionsparteien“ auslösen.

Nichts destot trotz sind die Kosten durchaus beachtlich. Dieser Fehlschlag, der sich bei beim Kauf der Drohne auf 1,2 Milliarden Euro belaufen hätte, wird voraussichtlich hunderte Millionen Euro kosten. Dieser Prozess steht exemplarisch für zwei Sachverhalte: Einerseits handeln Politiker_innen in

den Bereichen Militär und „Innere Sicherheit“ ohne die Bevölkerung zu informieren oder geschweige denn an irgendwelchen Beschlüssen zu beteiligen. Wenn es allerdings darum geht zu zahlen, dann ist die arbeitende Bevölkerung gefragt, auch wenn sie die Schaufel für ihr eigenes Grab finanzieren muss.

Zum anderen zeigt der Erwerb der Waffe „Euro Hawk“ , dass die Regierung ihre Armee und Polizei weiter aufrüstet. Wer immer noch der Illusion verfallen ist, die Bundeswehr sei eine „friedliche Armee“, wozu auch immer eine solche im Zeitalter des Imperialismus nützlich sein sollte, der muss nun die Augen öffnen.

2007 wurden in Rostock bereits Aufklärer eingesetzt, um die Stadt während der G8 Proteste zu überwachen. Stellen wir uns nur einmal die Möglichkeiten von militärischen Drohnen wie dem „Euro Hawk“ vor. Dieser Aufklärer kann aus 20 Kilometern Höhe hoch aufgelöste Fotos schießen, Telefone abhören und SMS mitlesen. Im Mittelmeerraum wird u.a. Frontex bald den „Euro Hawk“ zur Sicherung der Grenzen vor Immigranten einsetzen, um die Routen der Flüchtlinge zu überwachen und sie möglichst schnell wieder abzuschieben. Wir verurteilen daher nicht den Flop des Projekts „Euro Hawk“, wir kämpfen gegen gegen die Militarisierung im Prinzip. Wir sind nicht gegen die zu hohen Kosten für die Aufrüstung von Polizei und Militär, wir verweigern jegliche Unterstützung für bürgerliche Haushalte, die den Staat weiter aufrüsten. Wenn Maiziere gehen muss, ist das sicherlich Begrüßenswert, zumal es die Handlungsfähigkeit der Regierung weiter in Frage stellt, an dem grundsätzlichen Problem ändert es allerdings nichts. Das kann nur eine antimilitaristische Bewegung, die von der Jugend, der ArbeiterInnenklasse und den Gewerkschaften getragen werden muss.

Ein Artikel von Flo Wasser, REVOLUTION-Zülpich

Türkischer Frühling – Taksim den Arbeiter_innen, Nieder mit Erdogan!

Seit fast einer Woche wird die Türkei von den größten Massenprotesten seit mehr als einem Jahrzehnt erschüttert. Was am vergangenen Freitag als friedlicher Protest gegen den Bau eines Hotels am Taksim-Platz begann, ist mittlerweile zu einer landesweiten Revolte gegen den Ministerpräsidenten Erdogan und die regierende AKP geworden. Mehr als das: die aktuellen Massenproteste in der Türkei schlagen Wellen weit über die Türkei hinaus.

Vom Protest am Gezi-Park …

Als in der Nacht vom Sonntag, dem 26. Mai, die Bulldozer am Taksim-Platz rollen, um im nahegelegenen Gezi-Park Bäume zu roden, formiert sich der erste Protest. Der Park, der in Istanbuls Innenstadt liegt, soll einem Neubau weichen. Er soll Platz für ein Hotel und ein Einkaufszentrum schaffen, ein Symbol der AKP-Politik. Bereits jetzt wird prognostiziert, dass mehr als 11 Einkaufszentren in Istanbul Fehlbauten sind. Trotzdem sollen allein in den nächsten Jahren weitere 110 große Einkaufzentren errichtet werden, davon insgesamt 80 in Istanbul und der Hauptstadt Ankara.

Für die Herrschenden sind sie ein Zeichen der „Modernisierung“ und des wirtschaftlichen Aufschwungs. Für die arbeitende Klasse und viele Arme sind sie ein Ausdruck der neoliberalen Politik der konservativ-islamischen AKP-Regierung unter Erdogan, von dem viele behaupten, er wolle sich „Denkmäler“ mit diesen Bauten schaffen. Doch der Kompromiss der herrschenden Klasse mit Teilen des Kleinbürgertums und der Arbeiterklasse, der Wirtschaftswachstum im Gegenzug für politische Ruhe versprach, scheint nicht länger zu halten.

Der Krieg gegen die KurdInnen, das brutale Vorgehen gegen die Arbeiterbewegung bei Streiks wie vor kurzem in der Tabakindustrie sowie der immer schärfere Abbau von Pressefreiheit und demokratischen Rechten

war der Boden, auf dem sich türkisches und ausländisches Kapital bereichern. Bereits im vergangenen Jahr gab es immer wieder vereinzelte Proteste – auch in nicht-kurdischen Gebieten – gegen diese Umstände.

Der Kampf um den Gezi-Park, der eine der wenigen Grünflächen Istanbuls und darüber hinaus ein wichtiger Bezugspunkt für die Arbeiterbewegung im türkischen Staat darstellt, war daher Auslöser, nicht Grund für aktuellen Massenproteste.

… zur landesweiten Revolte

Die ganze Woche über gibt es immer wieder Auseinandersetzungen mit der Polizei, die die Abholzung des Gezi-Parks mit allen Mitteln durchsetzen will. Sie benutzt Pfefferspray, nutzt Knüppel und brennt Zelte nieder. Nach kurzer Zeit kommen die DemonstrantInnen jedoch immer wieder zurück – mit mehr TeilnehmerInnen als zuvor. Zwischenzeitig sah es so aus, als könne das Vorhaben, den Gezi-Park zu roden, gestoppt werden, nachdem Parlamentarier der BDP, einer kurdischen Partei und der CHP, der nationalistisch-kemalistischen Oppositionspartei, nach der Baugenehmigung fragten.

Doch der Schein trügt. Am Freitag, als sich bereits über 5.000 AktivistInnen, v.a. Jugendliche, im Park versammelt haben, greift die Polizei an. Die Gewalt ist derart massiv, dass nach Aussagen der AktivistInnen Menschen sterben. Die Polizei verschießt gezielt Tränengas – so dass die Projektile die Köpfe und Unterleiber der DemonstrantInnen treffen. Wasserwerfer, die mit Pfefferspray versetzt sind, werden eingesetzt. Doch der Rubikon ist überschritten. Die Gewalt, die vom Erdogan-Regime ausgeht, um den Park zu räumen, ist wie Öl im Feuer – es kommt zur sozialen Explosion.

Der Solidarisierungseffekt ist gewaltig. Innerhalb kürzester Zeit drängen Massen von Menschen aus den Arbeitervierteln Istanbuls auf die Straßen, insbesondere Jugendliche und Frauen sind in den ersten Reihen der Kämpfe zu sehen. Auch Teile des Kleinbürgertums solidarisieren sich. Clubs bleiben geschlossen, kleine Händler und AnwohnerInnen öffnen ihre Türen, um den

Verwundeten zu helfen – selbst ein bekannter Fernsehmoderator lässt seine Sendung ausfallen und ruft offen zum Protest auf.

In stundenlangen Straßenschlachten, die von der Polizei mit unglaublicher Härte geführt werden, versuchen die DemonstrantInnen, den Park zu erobern und die verhasste Polizei zu vertreiben. So ist es ihnen am Samstag möglich, den Taksim-Platz zurückzuerobern. Mittlerweile hat sich der Protest auf rund 70 Städte ausgeweitet. Auch die Forderungen sind radikaler geworden. Immer öfter hört man Slogans, die den Sturz der Regierung fordern.

Doch auch die Gewalt seitens der Regierung nimmt zu. Auch wenn die Polizei vom Taksim-Platz fliehen muss, verlagert sie den Kampf in andere Stadtviertel. Hunderte werden verhaftet, viele sind schwer verletzt. Erdogans Ansprache war eine weitere Provokation, die klar machte, dass er keinen Kompromiss schließen will, sondern ein offenes Kräftemessen mit der Arbeiterklasse provoziert.

„Marodeure, Terroristen und Extremisten“ nennt er die Menschen auf den Straßen. Er hingegen sei ein „Diener des Volkes“. Kurz bevor er seine Auslandsreise antritt, lässt er zwar verlauten, dass untersucht werde, ob die Gewalt der Polizei „unverhältnismäßig“ sei, für die politischen Forderungen hat er allerdings nur Hohn übrig. Zu den Protesten am Gezi-Park sagt er folgendes: „Ihr wollt Bäume? Ihr könnt Bäume haben. Vielleicht können wir sogar welche in eure Gärten pflanzen.“ An dem Bau des Projektes will er aber auch nach tagelangen Emeuten nicht rütteln. Zugute kommt ihm zwar die Pressezensur und die Regierungstreue der meisten großen Medien, aber bei dem Ausmaß, dass die Proteste zu diesem Zeitpunkt angenommen haben, lässt sich nur noch wenig verheimlichen.

Falsche Freunde

Das liegt vor allem an der unglaublichen Solidarisierung mit dem Widerstand, der um sich greift. Auch den Informationsfluss kann Erdogan nur begrenzt stoppen, will er nicht das gesamte Internet lahmlegen, ein Schritt, der eine „Alles oder Nichts“-Situation provozieren könnte.

Das wollen auch Andere nicht – allen voran die heuchlerischen PolitikerInnen der USA und der EU. Nach Tagen blutiger Auseinandersetzungen beginnen sie anzumerken, dass die Gewalt „beunruhigend sei“, dass die „Verhältnismäßigkeit eingehalten“ werden müsste. So ließ die deutsche Bundesregierung über die Menschenrechtsbeauftragte Löning verkünden, dass sie „die Entwicklungen in Istanbul und anderen Städten in der Türkei mit Sorge“ verfolge. Die Meinungs- und Versammlungsfreiheit seien in einer Demokratie „zentrale Grundrechte, die es zu wahren und zu schützen gelte. Besonnenheit und Deeskalation auf allen Seiten“ seien das Gebot der Stunde.

Vor allem sehen sie die Gefahr einer Destabilisierung der Regierung, die auch und besonders im Interesse der zentralen Imperialisten innerhalb der EU-Privatisierungen und der neoliberalen Politik durchgesetzt werden. Nicht die Gewalt des Staates an sich wird verurteilt. Sondern die Unverhältnismäßigkeit, die zu massivem Widerstand geführt hat, werden mit Sorge betrachtet. Doch Ähnliches passierte auch in Deutschland bei den Protesten in Frankfurt, wo mit massiver Polizeigewalt das Versammlungsrecht aufgehoben wurde.

Aber auch innerhalb der Bewegung gibt es falsche Freunde, namentlich die kemalistische Partei CHP. Sie mag zwar mit ihrem sekulären Anspruch als progressive Alternative gegenüber der AKP und Erdogan erscheinen, sozial gesehen ist diese Partei aber eine mindestens genauso große Bedrohung für die Bewegung, wie die aktuelle Regierung. Denn die CHP ist konsequente Verfechterin des Krieges gegen die kurdische Bevölkerung. Auch gegen die Privatisierungen und die Politik der AKP im Namen des türkischen Kapitals hat sie nichts einzuwenden, sie will sie nur auf anderem Wege erreichen – kurz: sie will selbst die Politik für das Kapital machen, anstatt dies der AKP zu überlassen.

Doch es gibt durchaus einen nicht unbedeutenden Fakt, der die CHP und die AKP unterscheidet. Die CHP hat durchaus starke Verbindungen in das Militär und die Generalität, die von der Beschneidung ihrer Befugnisse durch das Erodgan-Regime sicher nicht erfreut ist. So lange sich der Protest also gegen die AKP richtet, versucht sich die CHP als Opposition zu profilieren. Sollte es allerdings zum Sturz der Regierung kommen, würde sich die CHP

unmittelbar, an der Seite des Militärs an die Spitze des Staates drängen – zumindest, wenn die Arbeiterklasse nicht selbst eine Alternative anzubieten und zu erkämpfen vermag.

Ein anderer falscher Freund ist der türkische Präsident Gül. Während Erdogan die Polizei gegen die DemonstrantInnen brutal vorgehen lässt, diese verhöhnt und jeden Kompromiss ablehnt, gibt sich Gül als der volksnahe Präsident. Er kritisiert die Polizei, fordert zum „Überdenken" von Regierungsmaßnahmen auf und verklärt sich zum Verteidiger der „Demokratie". Davon sollte sich niemand täuschen lassen. Gül kommt nicht nur aus derselben Partei wie Erdogan. Auch die Rollenteilung – hier der „harte" und „böse" Erdogan, dort der „verständnisvolle" Gül – wurde in den letzten Jahren immer wieder geübt, um Protest gegen Regierungsmaßnahmen zu unterlaufen, indem durch Gül Kompromissbereitschaft signalisiert, die Maßnahmen der Regierung in der Substanz aber trotzdem umgesetzt wurden.

Für einen Türkischen Frühling der ArbeiterInnen und der Jugend!

Momentan ist die Bewegung in der Offensive, sie ist im Wachsen und erobert Positionen. Doch schon bald wird sie an ihre Grenzen stoßen, wenn sie nicht eine klare Perspektive und eine organisierte Gegenmacht aufzeigen kann, die nicht nur Protest gegen die Polizeigewalt und die AKP darstellt, sondern beide auch ersetzen kann. Beides ist nicht mit Parteien wie der CHP, noch mit den „UnterstützerInnen aus dem demokratischen Westen" möglich.

Auch wenn die Arbeiterbewegung sowohl organisatorisch, als auch politisch stark zersplittert ist, so bietet die aktuelle Situation eine historische Gelegenheit, diese Schwäche zu überwinden.

So befinden sich seit Mittwoch, dem 5. Juni, etliche Gewerkschaften im Streik und haben zu Demonstrationen aufgerufen. Es ist aber unbedingt erforderlich, dass diese Streiks zu einem umfassenden und unbefristeten Generalstreik ausgedehnt werden. Dass auch viele Gewerkschaftsbürokraten das nicht wollen, ist nicht verwunderlich, aber kann gebrochen werden, sollte

die türkische Linke unmittelbar für Versammlungen in den Betrieben und innerhalb der Streiks aufrufen, die Streikleitungen wählen, die der Basis verpflichtet sind.

Das gleiche ist unbedingt in den Stadtbezirken notwendig. Die Bewegung muss sich Organe schaffen, die sowohl dazu in der Lage sind, ihre Viertel gegen die Übergriffe der Polizei zu verteidigen, als auch Diskussionen zu führen und den weiteren Widerstand politisch zu organisieren. Ebenso unerlässlich ist es auch für die Arbeiterbewegung, unter den einfachen Soldaten Propaganda gegen das Regime zu betreiben, sie aufzufordern, sich nicht für Repression einsetzen zu lassen, und für Forderungen einzutreten, die einen Keil zwischen sie und die Generalität treiben, sowie mit den sozialen und politischen Forderungen der Arbeiterklasse verbinden.

Damit die Bewegung eine Perspektive hat, braucht sie klare politische Forderungen, die über jene nach Rückzug der Polizei und demokratische Reformen hinausgehen. Die mehr und mehr erhobene Forderung nach dem Sturz Erdogans muss auch mit politischem Inhalt gefüllt werden – nämlich mit der Frage, wer denn Erdogan ersetzen soll und mit welchem Programm. Eine CHP-Regierung würde nur bedeuten, vom Regen in die Traufe zu kommen.

Ein politischer Generalstreik, um die Polizeigewalt zu stoppen, die Bildung von Räte-ähnlichen Organen in den Stadtteilen und die Schaffung von Selbstverteidigungseinheiten, wären eine wichtige Basis für die Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung, die sich auf diese Organe stützen würde, denn eine Verschärfung des Kampfes und ein politischer Generalstreik würden die entscheidende Frage aufwerfen, wer herrscht – die türkische Bourgeoise oder die Arbeiterklasse. Die Beendigung des Krieges gegen die KurdInnen, der Privatisierungswellen und der sozialen Angriffe auf die Arbeiterklasse und die Mittelschichten sind auch mit einer noch so demokratischen kapitalistischen Türkei unvereinbar. Auch die Macht des Militärs lässt sich wohl unmöglich ohne revolutionäre Umwälzung brechen.

Sollte dies gelingen, sollte die Arbeiterklasse in der Türkei dazu in der Lage sein, sich auf Grundlage eines revolutionären Programms zu einer Partei zu

formieren, dann würde das nicht nur die türkische Bourgeoisie hinwegfegen und unterdrückten Völkern wie den KurdInnen die Freiheit schenken. Es wäre auch ein mächtiges Leuchtfeuer für den Kampf in Europa – insbesondere in Griechenland – gegen die Krise. Im Nahen Osten wäre es ein Vorbild dafür, wie die Macht einer herrschenden Clique gebrochen werden kann.

Beteiligt Euch an den Solidaritätsdemonstrationen und Kundgebungen und Protestaktionen vor den türkischen Botschaften und Konsulaten! Die Massenrebellion in der Türkei braucht unsere Solidarität!

Ein Artikel von Georg Ismael, REVOLUTION-Berlin

Blockupy – This is, what bourgeois democracy looks like

Das Demonstrationsrecht wurde am 1. Juni zur Farce. Unter fadenscheinigen Vorwänden wurden hunderte GenossInnen im ersten Block der Demonstration nach nur einem Kilometer eingekesselt. Die Seitentransparente wären „zu lang“ und Sonnenbrillen, gar Regenschirme wären zur Vermummung (!) mitgeführt worden. Andere wiederum sollen gar einen Farbbeutel geworden haben.

Selbst die bürgerliche Presse fand diesen „Schutz der BürgerInnen“ „unverhältnismäßig“. Laut „Frankfurter Allgemeiner Zeitung“ – sicher keiner großen Sympathien für die Linke verdächtig – hätten sogar einige Polizeibeamte den „Einsatz nicht nachvollziehen“ können.

Bei Blockupy gehört dieses Vorgehen offenkundig zur Norm. Während im letzten Jahr die Blockaden untersagt, Hunderte festgehalten und auch kein Camp zur Übernachtung genehmigt wurden, zeigte sich die Repression in

diesem Jahr an anderen „Schwerpunkten“. So wurden Berliner Busse mit DemonstrantInnen 6 (!) Stunden lang bei der Anreise durchsucht und die Flüchtlinge, die an den Aktionen teilnehmen wollten, zur Rückfahrt gezwungen. Bei der Aktion gegen Abschiebungen am Frankfurter Flughafen ging die Polizei überaus provokant vor, nachdem zuvor schon die Demonstration im Flughafen auf 200 Menschen eingeschränkt wurde.

Warum die Provokation?

Viele wundern sich, warum wurde dieses Jahr eine kämpferische Demonstration mit rund 15.000 TeilnehmerInnen – die Hälfe davon aus verschiedenen Spektren der radikalen Linken (Interventionistische Linke, Ums Ganze, A3-Bündnis, Migrantenorganisationen, kommunistische Organisationen, darunter Arbeitermacht und REVOLUTION, Gruppen aus dem NAO-Prozess), Gruppen aus dem Spektrum des Reformismus (Linkspartei, attac, Gewerkschaften) – nach nur rund einem Kilometer gestoppt wurde?

Die Abschlussdemonstration „endete“ so nach kurzer Strecke, aber erst nach vielen Stunden, weil sich die Bullen weigerten, den Kessel aufzulösen – und weil sich 15.000 DemonstrantInnen weigerten, auf das „Angebot“ der Bullen einzugehen, auf einer anderen Route weiter zu ziehen, und die Eingekesselten nicht im Stich ließen.

Dieser Akt der Solidarität und Einheit machte die Demonstration trotz der Provokation und Repression zu einem politischen Erfolg. Die Polizei und mit ihr die politischen Verantwortungsträger in Frankfurt und darüber hinaus wollten Blockupy und allen, die am Aufbau eine kämpferischen Bewegung gegen das kapitalistische Krisenmanagement arbeiten, eine Niederlage zufügen.

1. Sie wollten uns spalten in „Friedliche“ und „Krawallmacher“. Damit erlitten sie Schiffbruch. Selten wurde ein solcher Versuch von den DemonstratInnen so einhellig und entschlossen zurückgewiesen, als sie stundenlang ausharrten, Solidarität mit den Einkesselten zeigten und den „Rest“ der Demonstration gegen heftige Polizei-Angriffe, gegen Pfefferspray

und Knüppel verteidigten.

2. Sie wollten DemonstrantInnen und AktivistInnen demoralisieren, in dem die Demonstration nicht nur nicht zum Endpunkt kommt, sondern ungeordnet auseinander strömt. Es sollte eine Gefühl der Ohnmacht, der Vereinzelung und des Misserfolgs erzeugt werden. Auch das gelang nicht, weil die gemeinsame Weigerung, ohne die Einkesselten nicht weiter zu ziehen, ein Gefühl des Zusammenhalts und der Solidarität erzeugte, die weit über Blockupy hinaus bedeutsam sein könnte.

3. Sie wollen zeigen, dass wir uns nicht wehren können – und doch haben wir die Demonstration stundenlang verteidigt. So hatte die Polizei nach mehreren Stunden Verhandlung, die Demonstration „aufgelöst" und den nach dem Kessel folgenden Abschnitt mit Pfefferspray und Knüppeln angegriffen. Aber sie konnten das nicht durchsetzen. Die Ketten hielten – und damit die Manifestation.

Dieser Ausgang führte dazu, dass Blockupy trotz unbestreitbarer Schwächen letztlich ein politischer Erfolg wurde. Wir haben Solidarität gezeigt, wir haben gezeigt, dass wir unser Demonstrationsrecht verteidigen wollen – und auch dazu bereit und in der Lage sind.

Eine weitere Stärke von Blockupy war in diesem Jahr, dass neben der symbolischen Blockade der EZB am Morgen des 31. Mai auch Aktionen in der Stadt durchgeführt wurden. Zudem fand eine Demonstration am Frankfurter Flughafen statt, um gegen das rassistische Abschieberegime der BRD und der EU zu protestieren. Vor Banken und Immobilienbesitzern wurden wichtige Profiteure der Krise gebrandmarkt. In der Zeil, eine zentralen Einkaufsstraße, wurde vor Läden gegen die Überausbeutung der ArbeiterInnen in den Sweatshops der „Dritten Welt" protestiert und Solidarität mit Beschäftigten bekundet, die ihrerseits mit immer geringeren Löhnen und immer mieseren Arbeitsbedingungen konfrontiert sind. Wir – Arbeitermacht und REVOLUTION – beteiligten uns aktiv an diesen Aktionen, v.a. an der Blockade von Karstadt, um den dort Streikenden unsere Solidarität in der aktuellen Tarifrunde im Einzelhandel zu bekunden.

Aber auch die zentralen Schwächen von Blockupy, die wir schon in unseren Beiträgen in der letzten Ausgabe der „Neuen Internationale“ (Strategische Fragen der Bewegung; Wie radikal ist die „radikale Linke“?) angesprochen haben, sind evident. Es fehlt an einer gemeinsamen, über die Aktion hinaus gehende Kampfperspektive. Es fehlt sowohl an konkreten Forderungen wie an politische Strategie. So ist Blockupy – wie auch andere, ähnlichen Manifestationen – zwar in der Lage, in Deutschland 10 bis 20.000 Menschen zu mobilisieren. Aber es ist bislang nicht fähig, eine dauerhafte Bewegung aufzubauen, die mit den Arbeiterkämpfen in Südeuropa verbunden ist und hier gegen die Angriffe von Kapital und Kabinett mobilisiert.

Angriff auf demokratische Rechte

Frankfurt hat hier gezeigt, dass die bürgerliche Demokratie im Kapitalismus eine Schönwetterveranstaltung ist. Auch wenn die ökonomische Misere hier längst nicht so ausgeprägt ist wie in Südeuropa, so zeigen selbst Tarifkämpfe wie jene im Einzelhandel und bei Amazon, dass auch hier längst nicht Schluss ist mit Angriffen auf die Arbeiterklasse, dass ein Billiglohnsektor längst etabliert ist. Auch wenn die Gegenwehr hier – nicht zuletzt mit partnerschaftlicher Hilfe der Gewerkschaftsführungen – weit zurück blieb, so verschärfen sich auch hier die Anzeichen einer weiteren Verschlechterung der sozialen Lage nach der Bundestagswahl.

Diese kommende Verschärfung des Klassengegensatzes und die sozialen Zuspitzungen, die unvermeidlich auch Abwehrkämpfe hervorbringen werden und neue Möglichkeiten zum Anschluss an eine wirklich europaweite Bewegung, sind der herrschenden Klasse, den KapitalistInnen, wie ihren politischen und polizeilichen Funktionsträgern nur allzu bewusst.

Wenn es jetzt im gegnerischen Lager auch Kritik an der Polizei gibt, wenn sich kaum noch ein bürgerlicher Politiker findet, der das Vorgehen der Polizei vollauf verteidigen will, so geht es ihnen aber v.a. darum, dass der Polizeieinsatz ein „unerwünschtes“ Ergebnis hatte – die Solidarisierung auf Seiten der DemonstrantInnen. Das ist, was bürgerliche PolitikerInnen und Presse stört, wenn sie von einem „unverhältnismäßigen“ Einsatz sprechen.

Allerdings steht die herrschende Klasse hier vor einem Dilemma. Die DemonstrantInnen gewähren lassen, kann und will sie erst recht nicht. Welches „Signal“ wäre es schließlich, wenn die EZB einfach blockiert werden könnte?, fragt ein Leitartikler in der FAZ. Der weitere Abbau demokratischer Rechte, auf dass die bürgerliche Demokratie vollends zur Farce wird, ist zur Durchsetzung des Krisenmanagements des deutschen und europäischen Großkapitals, zur Lösung der EU-Krise im Interesse des deutschen und französischen Imperialismus unvermeidlich. Wer dazu bereit ist, „Expertenregierungen“ in Griechenland, Italien und jedem anderen Land Südeuropas einzusetzen, um die Politik von Troika, EU und EZB zu exekutieren, der macht natürlich auch im eigenen Land nicht Halt vor weiterer Entdemokratisierung.

Der Polizeiapparat mag dabei in Frankfurt – vom Standpunkt einer möglichst friktionsfreien Herrschaftsausübung betrachtet – über die Stränge geschlagen haben. Das ist aber nur das unvermeidliche Resultat der Tatsache, dass ein autoritäreres Krisenmanagement noch mehr Befugnisse, noch weniger Kontrolle über den polizeilichen Repressionsapparat erfordern würde.

Es ist daher von größter Wichtigkeit, dass wir in den nächsten Mobilisierungen den Kampf um die Verteidigung demokratischer Rechte mit dem Kampf um unsere politischen und sozialen Forderungen verbinden. Einschränkungen des Demonstrationsrechts, willkürliche Durchsuchungen, Schikanen aller Art, Ausweitung von Polizeibefugnissen und Überwachungsmöglichkeiten sind letztlich präventive Akte gegen das Entstehen organisierter Gegenwehr. In der imperialistischen Epoche und zumal in einer Periode der historischen Krise des Kapitalismus wird selbst in den reichsten Ländern die bürgerliche Demokratie mehr und mehr zu einer leeren Hülle. Die Verteidigung demokratischer wie sozialer Rechte wird nicht nur überaus dringlich, sie muss zugleich geführt werden im Rahmen einer Perspektive, die über das bestehende kapitalistische System hinaus weist – im Rahmen des Kampfes für den Sturz des Kapitalismus und die Errichtung einer neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Nach Blockupy ist vor Blockupy

In jedem Fall müssen solche Fragen nun in unserer Bewegung offen diskutiert werden. Im Februar 2014 steht die Eröffnung der „neuen“ EZB in Frankfurt an. Dort werden wir wieder und hoffentlich weitere Zehntausende demonstrieren und blockieren.

Doch wir müssen uns diesmal anders vorbereiten. Die Frage der politischen Ausrichtung der Bewegung, ihrer internationalen, v.a. europäischen Koordinierung, wie von lokalen Handlungsstrukturen und Aktionskomitees ist jetzt
akut. Im Herbst 2013 – möglichst rasch nach der Bundestagswahl – sollte daher eine bundesweite Aktionskonferenz aller linken Organisationen und Parteien, von Gewerkschaften, Blockupy-Bündnissen, Anti-Krisenbündnissen, Solidaritätskomitees mit Südeuropa usw. organisiert werden! Einerseits muss Blockupy 2014 eine internationale Massenaktion werden. Andererseits muss es einen wichtigen Schritt zum Aufbau einer Bewegung in Deutschland und einer internationalen Koordinierung über Blockupy hinaus leisten.

Ein Gastartikel von Martin Suchanek, Arbeitermacht, deutsche Sektion der Liga für die Fünfte Internationale